



**Liebe Eltern,
informiert Euch
und geht am 7. Mai
wählen!**

Eltern sind Wahlsieger!

**Zukünftige Landesregierung
will Eltern gleichberechtigt am
Gesetzgebungsverfahren beteiligen!**



Ein Schaubild der **momentanen KiTa-Finanzierung** wäre wohl am ehesten zu vergleichen mit einem **Wollknäuel in dem eine 3-jährige mit einer Schere herumgeschnitten hat.**

Bild links

Es gibt Grundstrukturen, Fördertöpfe, Baukostenzuschüsse, Krippengeld, Sozialstaffel des Kreises, Sozialstaffel nach SGB VIII, Kommunalbeiträge, Elternbeiträge, mit den jeweiligen dazugehörigen Antragsformularen auf Erteilung eines Antragsformulars.

Nun hatten schlaue Leute die Idee:
Das muss doch einfacher gehen.

Leider sind diese Leute die gleichen, welche das alte System gebastelt haben. Aber andere, neue mit notgedrungen (Familienalltag) klareren Denkstrukturen dürfen oder sollen wie immer nicht mitmachen:

Wir Eltern!

Unsere Idee wäre einfacher eine abgesicherte, transparente von allen getragene Konstruktion!

Bild rechts

Fortsetzung nächste Seite...



Aus dem Inhalt

Fragebogenaktion der Spitzenkandidaten zur Itwsh17 **Seite 4** - Aktuelles aus der Elternvertretung **Seite 7**
Rat und Tat für die Elternarbeit **Seite 10** - Zu guter Letzt / Impressum **Seite 12**



...Fortsetzung Titel:

Jetzt hatten aber auch einfach mal **ein paar naive Elternvertreter die Idee** ein Gesetz zu lesen. In diesem stand, dass Elternvertretern bei allen wesentlichen, die Kindertageseinrichtungen betreffenden Fragen die Möglichkeit der Mitwirkung zu geben sei.



Wir Eltern!

Das wollten wir dann auch gerne machen.

Die Landtagsparteien sagten zu uns über Ihre KiTa-politischen Sprecher:

Klar kein Problem!

Die Vertreter der freien Träger sagten: **Klar kein Problem!**

Aber einige wenige sagten:

- **Och nö**, die armen Eltern die sollen doch entlastet werden und dann so komplizierte Sachen

- **Elternmitarbeit? Das muss doch nicht, oder?**

- Da sind ja im Moment 15 verschiedene Entwürfe und wir müssen doch erst mal den beschliessen, wo die Bürgermeister möglichst wenig bezahlen! **Lass mal lieber!**

- Für die Eltern wird es nur ein ganz bisschen teurer und die, die es sich dann nicht mehr leisten können kriegen ja ein Antragsformular auf ein Antragsformular nach SGB VIII oder Sozialstaffel und dann gibt es da bestimmt auch wieder mehr von diesem ääh

.... Naja vielleicht!

Lasst uns mal machen, wir haben das mit dem alten System ja schließlich auch ganz gut gemacht, oder?

Nein, habt IHR eben nicht!

Wir Eltern zahlen immer mehr!

Wir Eltern tragen bis zu 40 % der KiTa-Kosten!

Wir Eltern sollen nebenbei noch Antragsformulare wofür auch immer ausfüllen!

Wir Eltern erziehen **die Zukunft unseres Landes!**

Wir Eltern ernähren **die Zukunft unseres Landes!**

Wir Eltern kleiden **die Zukunft unseres Landes!**

Wir Eltern fahren **die Zukunft unseres Landes** zum Fußball, Handball, Turnen!

Wir Eltern trösten **die Zukunft unseres Landes**, wenn Sie hinfällt!

Wir Eltern stehen nachts auf, weil **die Zukunft unseres Landes** den Nachtschreck hat!

Wir Eltern müssen trotzdem Vollzeit arbeiten, um der **Zukunft unseres Landes** ein vernünftiges Leben zu bieten!

Wir Eltern brauchen **eine verlässliche Betreuung!**

Wir Eltern sind **bis jetzt immer ruhig geblieben!**

Wir Eltern haben **jetzt langsam keine Geduld mehr!**

Wir Eltern wollen **lupenreine Demokraten wählen!**

Aber Wir Eltern dürfen nicht mitbauen an der Zukunft unseres Landes und unserer KiTa-Finanzierung!

Sollen Wir Eltern etwa noch mehr bezahlen?

Sollen Wir Eltern etwa noch weniger mitreden?

Sollen Wir Eltern

EUCH Kreistagsabgeordnete, Bürgermeister, Städteabgeordnete dafür etwa wählen?!

OCH NÖ! LASS MAL!

Das muss doch nicht oder?

Naja, vielleicht!

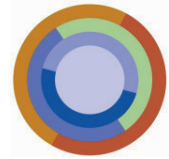
Schaun mer mal!

Schreibt uns doch einfach mal an! Unsere Adresse habt Ihr!
Eure KiTa-Eltern-SH





OFFENER BRIEF DER ELTERN



**Dieser Brief blieb
bis zum heutigen
Tag ohne Reaktion**

Landeselternvertretung
der Kindertageseinrichtungen
Schleswig-Holstein

Flensburg/Ratzeburg, 5. April 2017

Frau Sozialministerin
Kristin Alheit
Sozialministerium SH

Herrn Geschäftsführer
Dr. Sönke Schulz
Landkreistag SH

Herrn Geschäftsführer
Jochen von Allwörden
Städteverband SH

Herrn Geschäftsführer
Jörg Bülow
Gemeindetag SH

Offener Brief

Neuordnung des KiTa-Finanzierungssystems Stellungnahme zum „Letter of Intent“

Sehr geehrte Frau Alheit, sehr geehrte Herren,

wir, als gewählte Kreis- und Landeselternvertreter der ca. 250.000 Kita-Eltern in Schleswig-Holstein, haben der Tagespresse entnehmen können, dass Sie eine Absichtserklärung zur Neuordnung des Kita-Finanzierungssystems unterzeichnet haben, was wir ausdrücklich begrüßen.

Derzeit werden ca. 60 – 75% der Kita-Kosten **über Steuergelder** aller Bürger getragen. Die verbleibenden ca. 25% - 40% tragen momentan die **Eltern** neben ihren Steuern **selbst**. Das sind z.B. für eine Familie mit 3 Kindern zwischen **6.500 – 9.000 € im Jahr**.

Sie haben nun letztes Jahr versprochen dieses zu ändern, was aus unserer Sicht eine längst überfällige Maßnahme ist, die wir ausdrücklich begrüßen.

In Gesprächen mit den Spitzenvertretern der Küstenkoalition (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, SSW) wurde uns immer wieder ausdrücklich zugesichert, dass die Eltern bei den Verhandlungen erwünscht sind und an diesen teilnehmen sollen.

Leider sind die Eltern in Ihrer Pressemitteilung nicht erwähnt worden und sollen auch nicht gleichberechtigt beteiligt werden!

Auch ist nicht vorgesehen die Vertreter der rund 1.800 Tagespflegepersonen zu beteiligen.

Damit sind wir nicht einverstanden und wir fordern eine paritätische Beteiligung an den Verhandlungen!

Wir haben daher die Absichtserklärung vorab im Namen der durch uns vertretenen ca. 250.000 Kita-Eltern unterzeichnet, würden dies aber gerne öffentlichkeitswirksam im offiziellen Rahmen mit Ihnen gemeinsam wiederholen. Nicht zuletzt auch um diese betroffenen Kita-Eltern, also 250.000 Wähler, über unsere Newsletter vom ausgezeichneten Zusammenwirken zwischen Ihnen und den Kreis- und Landeselternvertretern zu informieren.

Mit freundlichem Gruß
Volker Peters
1. Vorsitzender

Matthias Radeck-Götz
2. Vorsitzender



FRAGEBOGEN-AKTION

	Piraten	SSW	FDP	Grüne	SPD	CDU
an die Spitzenkandidaten der im Landtag vertretenen Parteien!	Köppen	Harms	Kubicki	Heinold	Albig	Günther
Möchten Sie der Wahlgewinner werden?	JA	JA	JA	JA	JA	JA
Setzen Sie sich persönlich als Vorsitzender Ihrer Partei.....						
... für ein transparentes KiTa Finanzierungssystem ein, in welchem jeder Bürger barrierefrei sehen kann, wer welchen Anteil an den KiTa-Kosten trägt?	JA	JA	JA	JA	JA	JA
... dafür ein, dass die Eltern gleichberechtigt mit und neben den freien Trägern sowie mit und neben den kommunalen Landesverbänden an Ihrer neuen Gesetzgebung arbeiten dürfen?	JA	JA	JA	JA	JA	JA
Sind Sie persönlich als Vorsitzender Ihrer Partei der Meinung, dass das Aufziehen von Kindern das Fundament unseres Staatsgefüges ist und die Lasten deshalb solidarisch auf alle verteilt werden sollten?	JA	JA	JA	JA	JA	Nein
Werden Sie persönlich als Vorsitzender Ihrer Partei sich dafür mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Durchsetzung der in Ihren Antworten gegebenen Aussagen einsetzen?	JA	JA	JA	JA	JA	JA

Die neue Landesregierung will die Eltern mit am Tisch haben!

Lesen Sie hier die ausführlichen Antworten der einzelnen Spitzenkandidaten der im Landtag vertretenen, demokratischen Parteien (Fehler vorbehalten, da teils aus Handschrift transkribiert).

Antworten Spitzenkandidaten der im Landtag vertretenen Parteien

Wir arbeiten im Dreiklang: Qualität verbessern, Eltern entlasten und Finanzierung langfristig sichern. In den letzten 5 Jahren haben wir viel erreicht: 10000 neue KiTa-Plätze geschaffen, Qualität gesteigert (Verbesserung Nachmittagsbetreuung, Familienzentren, Fachberatung). Eltern mit monatlich bis zu 100 EUR von den Krippenplätzen entlastet.

So machen wir weiter: Ab 2018 jedes Jahr einen weiteren Jahrgang um 100 EUR entlastet, ab 2020 Anhebung auf 200 EUR. Wir werden die Beitragsfreiheit durchsetzen und das KiTa Finanzierungssystem mit allen Beteiligten reformieren. Dafür müssen die Eltern mit am Tisch sitzen. Da gibt es für die SPD keinen Zweifel!

Torsten Albig

SCHLESWIG-HOLSTEIN

SPD



Liebe Eltern,

uns Grünen ist es wichtig, die Kita-Finanzierung neu zu ordnen und deutliche mehr Geld in die Kita-Qualität zu geben. Für uns gehören die Eltern mit an den Verhandlungstisch. Eltern tragen in Schleswig-Holstein besonders hohe Kita-Beiträge und so wollen wir sie, wie die gesamte Landesregierung – mit am Verhandlungstisch!

Dass ich – als ausgebildete Erzieherin – ein besonderes Herz für Kitas und Familien habe, das dürfen Sie mir glauben.

Kitafreundliche Grüße Ihre Monika Heinold

Beim Ausbau der frühkindlichen Betreuungsplätze hat Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren sehr viel Boden gut gemacht. Jetzt muss die Qualität in den Mittelpunkt rücken. Wir wollen die Qualität der frühkindlichen Bildung weiter verbessern und insbesondere auch Kinder von 3 bis 6 Jahren noch stärker in ihrer Sprachentwicklung und Grundbildung fördern. Wir wollen, dass ausreichend Kinderbetreuungsplätze für die 0-3-Jährigen in den Kommunen geschaffen werden. Darauf haben die Eltern einen Rechtsanspruch. Land und Bund müssen ihre Mittel für den weiteren Ausbau der Krippenplätze erhöhen.

Langfristig ist es das Ziel des SSW, dass der Besuch von Kinderkrippen und Kindergärten kostenfrei sein soll. Ein erster kleiner Schritt ist mit dem eingeführten Krippengeld von 100,- Euro geschaffen. Um insbesondere die Eltern mit mittleren und kleineren Einkommen schneller zu entlasten, ist es notwendig, die Sozialstaffelregelungen in Schleswig-Holstein landesweit bereits jetzt zu verbessern. Wir wollen daher zusätzlich 10 Millionen Euro pro Jahr in eine Erweiterung der landesweiten Sozialstaffelregelung investieren, um Eltern mit mittleren und kleineren Einkommen zu entlasten.

Wir wollen die Landesmittel zu allererst für zusätzliches Personal in der frühkindlichen Bildung einsetzen. Denn ein besserer Betreuungsschlüssel ist die Grundvoraussetzung für pädagogisch qualifizierte Arbeit und damit für mehr Qualität.

Wir wollen, dass für alle Eltern - und insbesondere für bildungsferne Familien und Familien mit Migrationshintergrund - Anreize geschaffen werden, ihre Kinder in eine vorschulische Bildungseinrichtung zu geben. Denn gerade diese Kinder profitieren hiervon besonders stark. Deshalb lehnen wir auch das Betreuungsgeld für Eltern, deren Kinder nicht in den Kindergarten gehen, strikt ab.

Wir wollen, dass das Finanzierungssystem der Kindertagesstätten auf andere Beine gestellt wird. Die heutige Mischfinanzierung zwischen Land, Kreisen, Kommunen und Trägern sowie Eltern ist unübersichtlich und spiegelt nicht eindeutig die gemeinsame Verantwortung für diesen Bereich wider. Wir wollen, dass das Finanzierungssystem transparenter, einheitlicher und gerechter wird.

Lars Harms





Antworten Spitzenkandidaten der im Landtag vertretenen Parteien



Liebe Eltern,

eine gute Betreuung ist mir für das Aufwachsen unserer Kleinsten von besonderer Bedeutung. Investitionen in Kinder sind vor allem Investitionen in die Zukunft. Auch wenn Eltern für die Erziehung ihrer Kinder die Verantwortung tragen, so werden Sie mir zustimmen, dass sich die Anforderungen an Kindertageseinrichtungen in den vergangenen Jahren stark gewandelt haben: Eltern erwarten moderne Erziehungskonzepte, flexible Öffnungszeiten, umfassende Beratungsleistungen wie auch eine frisch gekochte und ausgewogene Ernährung. Doch all diese Anforderungen umzusetzen, gibt es nicht zum Nulltarif. Denn nicht zuletzt müssen diese Leistungen auch angemessen vergütet werden.

Tatsache ist, dass sich das Land in den vergangenen fünf Jahren immer weiter aus der Finanzierung zurückgezogen hat und wir am Ende der Legislatur die höchsten Elternbeiträge aller Zeiten in Schleswig-Holstein haben. Das darf so nicht sein und das soll so auch nicht sein. Für die CDU steht daher fest: Die Finanzierung der Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein muss schnellstmöglich auf eine neue Grundlage gestellt werden. Und zwar so, dass die Situation für und mit allen Beteiligten – Kinder, Eltern, Erzieher, Kommunen und Träger – spürbar verbessert wird.

Für uns gilt, dass die beste Betreuungsqualität Vorrang vor einer kurzfristig umgesetzten Beitragsfreiheit hat. Deswegen arbeiten wir an einer Reduzierung der Elternbeiträge auf ein angemessenes Niveau, indem wir das Kita-System finanziell besser ausstatten und Maximalbeiträge einführen.

Ich bin mir sicher, dass Eltern für eine qualitativ gute und verlässliche Betreuung durchaus bereit sind, einen angemessenen Beitrag zur Betreuung ihrer Kinder zu leisten und würde mich daher freuen, auch Sie von unserer Sichtweise überzeugen zu können!

Ihr Daniel Günther

Liebe Eltern,

als Vater zweier Töchter und dreifacher Großvater kenne ich aus eigener Erfahrung die Freuden aber natürlich auch die Lasten der Kindererziehung. Eine gute und bedarfsgerechte Betreuung von Kindern ist nicht nur ein unverzichtbarer Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern legt erste Bildungsgrundlagen für die kleinsten Bürger unseres Landes.

Wir haben in der Kita-Politik zwei Schwerpunkte: Erstens wollen wir den Bereich der frühkindlichen Bildung u.a. durch eine Verbesserung des Personalschlüssels stärken und zweitens wollen wir das Finanzierungssystem neu ordnen. Für die FDP ist es selbstverständlich, alle Akteure mitzunehmen und einzubinden. Nur so können wir Transparenz und Akzeptanz erreichen. Wir wollen mit den Eltern für ein gutes Betreuungssystem sorgen und die Erfahrungen und Rückmeldungen der Eltern bei der Neugestaltung mit einfließen lassen.

Wir wollen in einem ersten Schritt dafür sorgen, den Elternbeitrag zukünftig auf einen Maximalbetrag von 200 Euro pro Monat bei der U3-Betreuung und auf 150 Euro bei der U3-Betreuung zu deckeln und diesen Deckel kontinuierlich senken, um schließlich zur Beitragsfreiheit zu kommen. Zudem sollen die Betreuungszeiten an die Bedürfnisse der Eltern angepasst werden. Alle Kreise und kreisfreien Städte sollen verpflichtet werden, in ihrer Bedarfsplanung einen Mindestanteil von Ganztagsplätzen auszuweisen. Auch der Übergang von der Kita in die Schule muss qualitativ verbessert werden.

Ich kann Ihnen abschließend versichern, dass ich selbst, aber auch die anderen Abgeordneten der FDP die Interessen der Eltern vertreten werden.

Ihr Wolfgang Kubicki



Sehr geehrter Herr Peters, liebe Eltern,

ich kann Ihnen versprechen, dass wir alles dafür tun werden, um alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen und im Falle einer Wiederwahl bin ich jederzeit für Sie ansprechbar. Dass die Landesregierung hier nun „einmal hü und einmal hott“ sagt, finden wir bemerkenswert.

Es ist uns Piraten wichtig, dass die Erleichterungen bei den Beiträgen „nicht auf Kosten der Qualität der Arbeit in den Kitas“ gehen. Viele Erzieherinnen seien am Rande der Erschöpfung, deshalb muss endlich in Qualität investiert werden.

Wer gute Betreuung für die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft schafft, handelt sozial verantwortlich und familienfreundlich zugleich. Wir brauchen gute strukturelle Bedingungen für die Kinderbetreuung, die auf Grundlage einer Sozialstaffel jedem Kind einen Platz garantiert. Das von der Landesregierung auf den Weg gebrachte Krippengeld ist kein geeignetes Instrument, um diese Strukturen zu stärken.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Geld, das als so genanntes ‚Kita-Geld‘ nicht mehr als ein billiges Wahlkampfgeschenk ist, als Grundfinanzierung in die Strukturen der Kinderbetreuung fließt. Was uns alle eint, ist der Ansatz, dass alle Kinder - unabhängig von ihrem familiären und gesellschaftlichen Hintergrund - möglichst gleiche Voraussetzungen für ihren weiteren Bildungsweg erhalten, d.h. der Besuch von Kindergärten nach dem dritten Lebensjahr und der Besuch von Kinderkrippen bereits nach dem zweiten Lebensjahr für jedes Kind kostenlos angeboten werden.

Dieses Ziel bedarf einer vernünftigen Planung und kann nur gemeinsam mit allen Beteiligten erreicht werden, denn eines ist klar: auch Politik hat die Weisheit nicht mit Löffeln gegessen.

*In diesem Sinne verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Toni Köppen*



Neuordnung der Kita-Finanzierung: Es bekommt der am meisten, der am lautesten schreit

Lasst uns lauter schreien!

Thema: Summenbegrenzung

MR-G. Die LEV begrüßt die Standpunkte der Landtagsparteien, dass die Elternvertreter bei der Neuordnung der Kita-Finanzierung mit an den Verhandlungstisch gehören. **Aus Elternsicht ist eine Summenbegrenzung statt einer prozentualen Obergrenze der richtige Ansatz**, wie von der FDP-Landtagsfraktion propagiert. Da die Kita-Betriebskosten auch künftig weiterhin steigen werden, sind bei einer prozentualen Beteiligung weitere Kostensteigerungen für die Eltern unausweichlich.

Belaufen sich beispielsweise die Betriebskosten für einen Kita-Ganztagsplatz aktuell auf 2.000 € pro Monat, so wären dies bei einer Beteiligung von 33% ein Elternbeitrag von 660 € pro Monat. Steigen die Betriebskosten im Folgejahr aber auf z.B. 2.200 € an, dann läge der Elternbeitrag bereits bei 726 € pro Monat. Bei einer Summenbegrenzung der Elternbeiträge auf 200 € pro Monat bei Krippenplätzen (Ü3) und auf 150 Euro bei Kindergartenplätzen (Ü3) spielt für die Eltern die Entwicklung der Kita-Betriebskosten keine Rolle mehr und

sie hätten eine verlässliche und berechenbare Größe. Zudem wären sie endlich nicht mehr der Spielball der Kämmerer auf Ge-



**Landeselternvertretung der
Kindertageseinrichtungen
in Schleswig-Holstein**

meinde-, Stadt-, Kreis- und Landesebene.

Auch wäre bei einer Limitierung der Elternbeiträge ein Ende der Frustration der Eltern in Sicht. Denn aktuell könnte es unterschiedlicher in den Gemeinden, Städten und Kreisen nicht sein. Bereits bei der Wohnortentscheidung, z.B. auf Grund eines Umzuges, müssen Eltern derzeit nicht nur genau abwägen, ob sie für ihre Kinder einen Kita-Platz erhalten, nein, genauso spielen die zu zahlenden Elternbeiträge eine besonders übergeordnete Rolle. Dies gilt es wieder auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

Die Summenbegrenzung muss mit Blick auf Einkind- und Mehrkindfamilien unbedingt durch eine landesweit einheitliche Sozialstaffel ergänzt werden. So könnte etwa für das zweite Kind 50% und für das dritte Kind 75% Beitragsreduzierung greifen. Ab dem vierten Kind sollte kein Elternbeitrag zu entrichten sein. So wäre für die Eltern die Kita-Politik von der Gemeinde bis zum Land verständlich und würde von Anfang an auf die gewünschte Akzeptanz stoßen und als sozial gerecht empfunden werden.

Tagesmütter und -väter

Die unbekannte Spezies der Kita-Finanzierung

MR-G. Mit großer Besorgnis stellt die LEV bei der Neuordnung der Kita-Finanzierung fest, dass es offensichtlich keinen (politischen) Entscheidungsträger stört, einen weiteren wichtigen Personenkreis – neben den Eltern – nicht zu berücksichtigen. Weder die vier Unterzeichner des „Letter of Intent“, noch die Parteien erwähnen die rund 1.800 öffentlich geförderten **Tagesmütter** in Schleswig-Holstein. Dabei sind diese gleichermaßen von der Neuordnung der Kita-Finanzierung betroffen. Und genau diese Personengruppe ist auch nicht in den Jugendhilfeausschüssen der Kreise und kreisfreien Städte – nicht einmal beratend – vertreten. Es stellt sich natürlich die Frage „Warum ist das so?“

Immerhin bieten die Tagesmütter rund 7.000 Kindern in Schleswig-Holstein einen Kindertagespflegeplatz und stellen damit eine feste Größe bei der Kinderbetreuung dar. Gerade Eltern, die im Schicht- und Wechseldienst – auch an Wochenenden und gesetzlichen Feiertagen – tätig sind, schätzen deren flexibles und angepasstes Betreuungsangebot sehr. Gäbe es die Tagesmütter nicht, könnten genau diese Eltern nicht zu Zeiten, in denen keine Regel-Kita Betreuungszeiten anbietet, regulär arbeiten gehen.

Mit anderen Worten, wir Eltern sind auf ein hochwertiges Betreuungsangebot durch Kitas UND Tagesmütter angewiesen. Es kann und darf daher nicht sein, dass die Tagesmütter und -väter völlig unberücksichtigt bleiben und weiterhin ein Schattendasein fristen sollen. **An alle verantwortlichen Entscheidungsträger: „Bindet die Tagesmütter mit ein; jetzt!“**



Aktuelles aus der BEVKI

Bundeselternvertretung Gemeinsam mehr erreichen

Die Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege ist ein 2014 gegründetes Gremium aus Mitgliedern aller 16 Bundesländer. Unser Interesse ist es, die begonnene Kooperation zu intensivieren.



Als ein gemeinsames Gremium wollen wir die Ausgestaltung der frühkindlichen Bildungseinrichtungen mitgestalten. Daher verfolgen wir das Ziel, in allen 16 Bundesländern die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen.

Der 1. Schritt hierzu ist in der Novellierung des SGB 8 als Entwurf vorgesehen, damit wir als BEVKi der zuständigen obersten Bundesbehörde beratend zur Seite stehen. Des Weiteren können wir mit Erfolg berichten, dass der Bundestag durch Beschluss dem Bundesfamilienministerium für den Ausbau der Kindertageseinrichtungen weitere 10 Milliarden Euro zur Verfügung stellt. *Für die kommende Bundesregierung wünschen wir uns, dass sie weiterhin so gut mit uns zusammen arbeitet wie bisher.*

Robby Grazius



Aktuelles aus den Elternvertretungen

Frühkindliche „Bildung“ ... ohne Personal geht es nicht!

Als Kreiselternvertretung des Kreises Pinneberg beobachten wir mit Sorge die Entwicklung in unseren Kitas, die zu Lasten der Kinder geht. Das Kita-Aktionsbündnis hat dem Kreis Pinneberg in seiner letzten Studie eine enorm hohe Ausfallquote bescheinigt und angemahnt, dass es kein Konzept gibt, Fehlzeiten aufzufangen und so den Mindestpersonalschlüssel zu halten. In Elementargruppen ist 1/20 oft die Regel, da Vertretungen und Krankheitszeiten sowie Urlaube das übrige Personal in Anspruch nehmen. *Wenn der Personalschlüssel konsequent unterschritten wird, ist weder die Sicherheit der Kinder genügend gewährleistet, noch eine wirkliche pädagogische Arbeit möglich.* Zu bedenken ist auch, dass sich der Krankenstand der ErzieherInnen in einem Schneeballeffekt ausweitet und weitere Ausfälle verursacht.



Das Land SH hat im Jahr 2016 ein Programm aufgelegt, um eine zusätzliche halbe Kraft am Nachmittag für den Elementarbereich zu finanzieren. Dieser Ansatz ist sehr zu begrüßen. Dennoch sind auch diese Maßnahmen mit zu hohen bürokratischen Hürden verbunden und daher führen zu keiner spürbaren

Verbesserung. *Im Gegenteil konnten die Mittel in unserem Kreis nicht zugewiesen werden,* da laut einer offiziellen Antwort des Kreises auf Anfragen der Politik, das „Aufstocken von Personal“ in vielen Fällen nicht möglich ist. Denn:

„Nach Prüfung der Anträge ist festzustellen, dass die tatsächlichen förderfähigen Personalkosten bei ca. 310.000,00 € liegen [von c. 1,3 Mio. bereitgestellten Landesmitteln, (Anmerkung d. Verf.)]. Die fehlende Förderfähigkeit beruht u.a. auf Nichterfüllung des Mindeststandards. Ist der Mindeststandard an Personal nicht erfüllt, ist eine Förderung von zusätzlichem Personal nicht möglich.“

Wir fordern daher mehr Geld in Betriebskostenförderung und in städtische Springerpools zu investieren, die kurzfristig Fehlzeiten auffangen. Auch die Ausbildung und Arbeitsform der ErzieherInnen muss attraktiv gestaltet und vergütet werden.

Nadine Mai



Aktuelles aus den Elternvertretungen



Kreis Herzogtum Lauenburg: Beinahe der kinderunfreundlichste Kreis

MR-G. Einer Beschlussvorlage der Kreisverwaltung im Jugendhilfeausschuss vom 16. März 2017 war zu entnehmen, dass die gemeinsame Steuerungsgruppe der kommunalen Familie (Kreis, Städte, Gemeinden) sich in ihrer konstituierenden Sitzung vom 07. März 2017 mit der Frage beschäftigte, **ob die einkommensunabhängige Geschwisterermäßigung aus Gründen der Kompensierung weiterer Kosten vollständig gestrichen wird.** So zumindest der Vorschlag des Kreises, vertreten durch den Landrat Dr. Christoph Mager (CDU), der sich für den Wegfall aussprach.

Allerdings wurde seitens der Städte- und Gemeindevertreter zum Ausdruck gebracht, dass die bisherige Geschwisterermäßigung beibehalten werden soll. „Dem Ansinnen der Städte und Gemeinden ist jedoch insoweit zu folgen“, heißt es nunmehr in der Beschlussvorlage der Verwaltung.

Mit großem Entsetzen erfuhr die KEV ausschließlich über die Beschlussvorlage des Jugendhilfeausschusses, **wie knapp der Kreis beinahe am Titel „kinderunfreundlichster Kreis für Mehrkindfamilien in Schleswig-Holstein“ vorbeigeschrammt war.** Obwohl der 1. Vorsitzende der KEV bereits im Jahre 2016 im Jugendhilfeausschuss und im Kreistag gegenüber Landrat Dr. Mager direkt die aktive Beteiligung und Einbeziehung der KEV – zumindest anlassbezogen bei relevanten Kita-Themen – eindringlich forderte, verhallte dies ungehört bzw. wurde vom Landrat als unbeachtlich abgetan. „Selbstverständlich“ wurde der KEV auch kein Sitz – nicht einmal als beratendes Mitglied – in der gemeinsamen Steuerungsgruppe zwischen dem Kreis und der gemeindlichen und städtischen Ebene für die Bereiche Kita-Finanzierung zugestanden. Die KEV ist zumindest den Vertretern der gemeindlichen und städtischen Ebene ausgesprochen dankbar, dass diese deutlich mehr Empathie für die Mehrkindfamilien bewiesen haben als Landrat Dr. Mager und seine Mitarbeiter.

Die KEV fordert, dass seitens des Kreises weitere Kompensierungsmöglichkeiten von Amts wegen geprüft werden, um eine Mehrbelastung von Mehrkindfamilien zu verhindern.



Beitragserhöhungen nun auch in Kiel im Gespräch

HS. Kurz nach dem Start der Umfrage zu den KiTa-Beiträgen in den Kieler Nachrichten vom 15. April 2017 hat die Stadt Kiel angekündigt, die Gebühren erhöhen zu wollen. **Die Eltern werden dabei vor vollendete Tatsachen gestellt – sie waren von den vorbereitenden Gesprächen ausgeschlossen.**

Momentan ist die Kostensteigerung in Prüfung, Frau Treutel, als zuständige Stadträtin, empfiehlt jedoch eine Neuberechnung der Gebühren, basierend auf dem Ergebnis der Prüfung.

Das die Prüfung höhere Kosten und damit höhere Gebühren ergeben wird, steht außer Frage.

Besonders bedauernswert ist, dass das Thema der Neuordnung der KiTa-Finanzierung in den letzten Wochen sehr breit in den Kieler Nachrichten diskutiert wurde und die Eltern hier deutlich ihre Beteiligung an den Gesprächen eingefordert haben. Auch, dass die Stadt Kiel SPD-regiert ist und sich kurz vor der Wahl deutlich vom Kurs ihrer Partei abwendet wird nicht überall gerne gesehen werden. Die Vorbildfunktion der Landeshauptstadt gegenüber anderen Gemeinden ist damit sicherlich in Frage gestellt.

Die KEV Kiel wird versuchen, die Gebührenerhöhung abzuwenden und die Prüfung anderer Formen der Finanzierung verlangen. Letztendlich wird auch viel von der nächsten Landesregierung abhängen und wie und in welcher Form eine Neufinanzierung kommen wird.





Aktuelles aus den Elternvertretungen

HURRA! WIR LEBEN NOCH

AB. Im Herbst 2015 sprach meine Kindergartenleiterin mich an: „Axel fahr mal nach Rendsburg zur KEV Vollversammlung, die brauchen echt mehr Leute.“

Naja, Bock hatte ich nicht aber was tut man nicht alles für die Gören. Als ich dort ankam waren ca. 25 Leute versammelt, die sich von drei Vertretern der Landeselternvertretung erläutern ließen, worum es eigentlich ging. Ich war fest entschlossen, standhaft zu bleiben und mir keine weiteren Zeitfresser ans Bein zu nageln. Damals hatten wir zwei Kinder im Alter von 1 und 3 und das dritte Wunschkind war unterwegs.

Ich wurde dann ganz konkret gefragt ob ich mich nicht freiwillig melden wolle und lehnte dies auch tapfer ab - aber als nach mir eine junge Mutter mit Kugelbauch (noch 1 1/2 Monate zur Entbindung) aufstand und mit etwas wackeliger Stimme sagte: „Na gut dann mache ich das eben, wenn sich hier keiner meldet!“ - da habe ich mich fast etwas geschämt. Und so bin ich dann zur KEV gekommen!

Wir haben praktisch bei Null angefangen und uns sämtliche Grundlagen fast selbst erarbeiten müssen. **Es war hart, aber mittlerweile macht es schon fast Spaß, wenn man dem ein oder anderen „Profi“ aus der Leitung oder Verwaltung etwas beibringen kann.**

Wir helfen ja gerne! Von der 2015er Truppe sind nun insgesamt außer mir noch zwei dabei, dieses Jahr haben wir zwar einige wenige Neumitglieder rekrutieren können, aber wie es immer so ist: Die erste Euphorie verfliegt, der Alltag - gerade bei jungen Eltern - überwiegt und schon ist die tatsächliche Hilfe unterm Strich eher gering anzusetzen. Das ist auch völlig normal und verständlich, **aber wenn wir nichts tun, fallen wir Eltern wieder hintenüber!**

Gerade dieses Jahr ist es aber extrem schwierig geworden, denn es ist Wahljahr und wir möchten den Parteien gerne erklären wie die Eltern sich den Alltag mit Kindern und dem Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz, inkl. Wunsch- und Wahlrecht (Frau von der Leyen, 2008) sowie die kostenfreie KiTa innerhalb der nächsten 10 Jahre (9,5 um genau zu sein: SPD SH Mitte 2016) im Detail und in der Realität außerhalb der Amtsstuben vorstellen. **Darum müssen wir uns als ernstzunehmender Gesprächspartner präsentieren und zusammenhalten. Und hierfür brauchen wir Eure Hilfe.**

Es wird alles besser und es werden Zeiten kommen mit mehr Schlaf und mehr Ruhe und noch mehr Lachen!

Ich weiß es genau!



Kommunen fischen Krippengeld ab

HS. Zur Entlastung der Eltern hat das Sozialministerium 2016 angekündigt, den Eltern von Krippenkindern einen Betrag von 100 EUR direkt auszuzahlen. Die Anträge zur Beantragung wurden Ende 2016 vom Land direkt an die Eltern versendet. Das Argument des Ministeriums für diesen Schritt ist, dass bei Auszahlung an die Kommunen das Geld nicht komplett bei den Eltern ankommen würde. **Leider haben manche Kommunen die Gelegenheit genutzt, ihre Beiträge zu erhöhen.** Spitzenreiter in Schleswig-Holstein ist momentan wohl die Gemeinde Lindau im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Hier werden seit August 2016 für einen Krippenplatz 630 EUR verlangt. Viele sehen das chronisch unterfinanzierte KiTa-System in Schleswig-Holstein als Grund für den Anstieg der Elternbeiträge. Das Sozialministerium unter Frau Alheit hat im März dieses Jahres eine Neuregelung der KiTa-Finanzierung vereinbart. **Wir Eltern können nur hoffen, dass mit dieser Neuregelung mehr Geld in das System fließt und die Beiträge für die Eltern geringer werden.**



Meldet Euch an für Eure KEV unter KiTa-Eltern-SH.de



Rat und Tat für die Elternarbeit

Eltern, zeigt Präsenz und Stimme!

(Achtung: Glosse!) Ein Werktag, abends irgendwo in Schleswig-Holstein. Der Raum ist voll und etwas zu warm. Die anfängliche Freude der Gemeinderatsmitglieder über die vielen „jungen Gesichter“ legt sich bald – denn es handelt sich um die Hälfte der **KiTa-Eltern. Was wollen die denn hier?** Die KiTa steht zwar heute auf der Tagesordnung doch bisher konnte der Gemeinderat Erhöhungen, Öffnungszeiten etc. immer ohne Elternbeteiligung regeln. Schade, die Zeiten der Politikverdrossenheit sind anscheinend vorbei. Die Bauplätze sind schnell vergeben, der Dorfputz geplant und die Schlaglochaniehung aufs nächste Haushaltsjahr vertagt. Dann geht es zur Teilnahme an der KiTa-Datenbank. Die Leitung möchte gerne, die Eltern auch, doch als der erste „Silberfuchs“ aus dem Publikum „Alles unsere Steuern..“ stänkern will, fliegen die ersten bösen Blicke. Vertagt.

Als es um die Erhöhung geht, stellt sich heraus, dass die anwesenden Eltern sachlich gut vorbereitet sind, der Gemeinderat bis auf den Bürgermeister die Unterlagen jedoch nicht gelesen hat. Der Gemeinderat will trotzdem für die rückwirkende Erhöhung um 30 % votieren. Das „junge“ Publikum wird unruhig. Leider fragt ein Elternvertreter nach, ob denn der KiTa-Beirat einbezogen wurde, sonst wäre die Erhöhung doch anfechtbar. Seit wann das denn? Der Beirat ist doch nur für das Laternlaufen und die Weihnachtsfeier zuständig. Der Rest geht in erbostem Lärm unter. Die Sitzung wird vertagt.

Und für die Eltern? **Ein kleiner Erfolg durch Anwesenheit, Vorbereitung und Fragen stellen**, denn die Erhöhung lässt jetzt noch ein paar Monate auf sich warten - und mit dem Gemeinderat lässt sich bestimmt abseits von Publikum noch verhandeln.

Mittagessen-Pauschale

Zahlt ihr jeden Monat pauschal das Mittagessen für euer Kind? Seid ihr genervt, dass euer Kind das Essen nicht mochte, total ausgehungert nach Hause kommt und ihr trotzdem bezahlen müsst.? Das Kind ist zwei Wochen krank und trotzdem müsst ihr bezahlen. Und das Essen wird dann weggeworfen.

Abhilfe können verschiedene **Anbieter von Onlinebestell- und Abrechnungsdiensten** schaffen. Das funktioniert so: Der Abrechnungsdienst schließt einen Vertrag mit eurem Caterer. Ihr meldet euch online bei dem Dienst an und überweist im Voraus das Essensgeld. Ihr könnt den Speiseplan einsehen und täglich (oft sogar noch frühmorgens) das Essen bestellen oder auch abbestellen.

Der Kindergarten bekommt täglich ein Fax, in dem aufgelistet ist, welche Kinder am Essen teilnehmen. Der Kindergarten bzw. der Träger hat nichts mit der Abrechnung des Essens zu tun, was viel Arbeit erspart und so bleibt mehr Zeit für die Kinder.

Die Kindergärtner und die Träger sind froh, wenn sie entlastet werden. Die Eltern können individuell bestellen und das Essen muss nicht mehr weggeworfen werden.

Anke Mau

Info Elternbeirat KiTaGesetz § 18

„Beirat

(1) In einer Kindertageseinrichtung mit zwei oder mehr Vormittagsgruppen ist ein Beirat einzurichten. Er ist zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der Elternvertretung, Vertreterinnen und Vertretern der pädagogischen Kräfte und des Trägers zu besetzen. Bei Kindertageseinrichtungen, die nicht von einem öffentlichen Träger betrieben werden, sind Vertreterinnen und Vertreter der Standortgemeinde hinzuzuziehen.

(2) Abweichend von Absatz 1 sollen im Beirat von Kindertageseinrichtungen, die gemeinschaftlich von Erziehungsberechtigten getragen werden, zu gleichen Teilen Erziehungsberechtigte und pädagogische Kräfte vertreten sein.

(3) Der Beirat wirkt bei wesentlichen inhaltlichen und organisatorischen Entscheidungen der Kindertageseinrichtung mit, insbesondere bei

1. der Bewirtschaftung zugewiesener Mittel,
2. der Aufstellung von Stellenplänen,
3. der Festsetzung der Öffnungszeiten,
4. der Festsetzung der Elternbeiträge und
5. der Festlegung des Aufnahmeverfahrens.

Die Stellungnahme des Beirates ist dem Träger der Kindertageseinrichtung vor dessen Entscheidung schriftlich mitzuteilen.“

OHNE VORHERIGE schriftliche Stellungnahme sind Beschlüsse zu den o.g. Punkten rechtswidrig bzw. juristisch anfechtbar - bei „gravierenden“ Punkten sogar in eingruppierten Einrichtungen!

Und: **ALLE Punkte von (3) gehören auf die Tagesordnung**, Unterlagen wie Haushaltspläne sollten VOR einer Beiratssitzung an ALLE Mitglieder ausgehändigt werden!



Rat und Tat für die Elternarbeit

Der Kita-Beirat - Das missachtete Elternorgan!

MR-G. Die Zusammensetzung des KiTa-Beirates ist in § 18 KiTaG S-H ausdrücklich geregelt: Der Beirat muss zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der (örtlichen) Elternvertretung, Vertretern der pädagogischen Kräfte und des Trägers bestehen. Bei Einrichtungen, die von freien Trägern betrieben werden, sind zudem Vertreter der Standortgemeinde hinzuzuziehen. **Weiterhin ist klar im Gesetz geregelt, dass der Beirat seine Stellungnahme dem Träger der Kita vor dessen Entscheidung schriftlich mitteilt, d.h. von Anfang an in Entscheidungsprozesse einbezogen wird.** Auch sind Ablehnungen der Aufnahme von behinderten Kindern dem Beirat schriftlich mit Begründung mitzuteilen und reicht das Angebot an Plätzen für Kinder in Kitas nicht aus, regeln die Träger unter Mitwirkung der Beiräte das Verfahren der Aufnahme.

In der Lebenswirklichkeit stellen sich diese gesetzlichen Vorgaben allerdings gar nicht mehr so klar dar. Es beginnt bereits mit der Geschäftsordnung/Satzung dieses Gremiums. Haben Eltern ein Mitspracherecht oder dürfen sie gar eine eigene Geschäftsordnung/Satzung vorschlagen bzw. die vom Träger vorgeschlagene ablehnen? Die Nordkirche empfiehlt beispielsweise in ihrer MUSTER-Geschäftsordnung für den Beirat der evangelischen KiTa für die Vertreter der Standortgemeinde über die ausschließliche gesetzlich vorgesehene Beratungsfunktion hinaus, diese mit Sitz und Stimme für die Vertretung der Standortgemeinde im Beirat zu versehen. Sogar Städte und Gemeinden lassen sich in Finanzierungsvereinbarungen mit den KiTa-Trägern für die städtischen/gemeindlichen Vertreter ausdrücklich Sitz und Stimme im Kita-Beirat zusichern. **Obwohl das Gesetz nur beratende Funktion vorsieht.**

Auch zeigt sich immer wieder, dass der Kita-Beirat zu Zeitpunkten beteiligt wird, zu denen der Kita-Träger bereits seine Entscheidung getroffen hat. Also der Kita-Beirat im Nachgang beteiligt wird. Wenn es um die Ablehnung der Aufnahme von behinderten Kindern oder Aufnahmeverfahren geht, werden die Beiräte von den Trägern oft erst im Nachhinein gehört, in den Prozess jedoch nicht mit eingebunden.

Wohin wenden sich allerdings die Elternvertreter des Beirats, wenn ihre Rechte offenkundig verletzt wurden? Hierzu sagt das KiTaG SH nichts! Die Heimaufsichten der Kreise/kreisfreien Städte verneinen eine Zuständigkeit, ebenso das Sozialministerium. Dies verweist allerdings darauf, dass betroffene Eltern Klage bei Gericht einreichen können. **Oft werden wir Kreiselternvertreter in diesem Fall vermittelnd tätig – meist mit Erfolg – doch das reicht uns nicht!** Mit anderen Worten, es gibt keine Aufsichtsbehörde an die sich die Elternvertreter des Beirats wenden könnten. Auch ein etwaiges Ombudsmann-Verfahren ist nicht vorgesehen. Damit fehlt den örtlichen Elternvertretern im Beirat bei Verletzung ihrer Rechte ein echtes Instrument, diese Rechte effektiv geltend machen zu können. **Wir fordern die Regierung auf, diesen Missstand dringend zu beheben!**



Wunsch- und Wahlrecht: Differenz bleibt bei den Eltern hängen

AW. **Das Wunsch- und Wahlrecht stellt viele Eltern vor einen behördlichen Marathon, da viele Kommunen es erst mal nicht akzeptieren.** Wer im weitläufigen Schleswig-Holstein sein/e Kind/er im Nachbaramt die KiTa besuchen lassen möchte, der hat einen behördlichen Weg vor sich, der selten einfach ist und rechtzeitig in die Wege geleitet werden muss, denn: Jedes Amt und jede Gemeinde handhaben es unterschiedlich.

Die Kostenübernahme nach §25a Kita-gesetz regelt, unter welchen Umständen die Wohngemeinde Kosten für die Kinderbetreuung in anderen Gemeinden erstatten muss. Zum Beispiel, wenn es in der Wohngemeinde keine bedarfsgerechten Plätze gibt, oder aus besonderen Gründen (Kindeswohl, Wunsch- und Wahlrecht, Förderung, Konzept der Einrichtung, Fahrwege) dem entgegenstehen.

Erstattet wird am Ende meist maximal das, was der Platz in der Wohngemeinde kosten würde. **Die Differenz bleibt bei den Eltern hängen.** Allerdings zeigt die Praxis, dass die Kostenübernahme meist gewährt wird, denn das Wunsch- und Wahlrecht sowie das Kindeswohl haben bisher noch jedes Gericht überzeugt - warum kann dieser Stellungskrieg zwischen den Ebenen nicht beigelegt werden?

Wir Eltern fordern, dass auch diese unnötige, bürokratische Hürde im Rahmen der Neuordnung der Finanzierung vereinfacht wird.



Zu guter Letzt

LEV Schleswig-Holstein

Die Landeselternvertretung (LEV) ist die gesetzliche Vertretung aller Eltern, deren Kinder eine Krippe, Kita oder Hort besuchen. Sie vertritt damit die Interessen der Eltern von etwa 115.000 Kindern im Land Schleswig-Holstein. Grundlage ist §17a des Kita-Gesetzes in Schleswig-Holstein. Die LEV wird jedes Jahr zwischen dem 15. und 31. Oktober aus den Delegierten der 15 Kreiselternvertretungen gewählt. Sie ist vertreten im Landesjugendhilfeausschuss, im Landesschulbeirat, im KiTa-Aktionsbündnis und zeigt Präsenz, wo immer es möglich ist.



Auf der Seite www.kita-eltern-sh.de können sich alle Eltern über die Aktivitäten der Kreiselternvertretungen (KEV) informieren und in den E-Mail-Verteiler eintragen.

Kontakt: vorstand@kita-eltern-sh.de



Fast alle Mitglieder der Landeselternvertretung SH 16/17

Aufgewacht

AB. Nach einer etwas anstrengenden Schwangerschaft und einer wohnortnahen Geburt mit 1:1 Betreuung durch unsere Hebamme wurde nun endlich meine Tochter geboren: gesund, munter und entsetzlich runzlig.

Mit den üblichen Unterlagen erhielten wir eine Bedarfsanmeldung durch die Hebamme überreicht und wurden aufgeklärt, dass **jedes Kind ein unabänderliches Recht auf frühkindliche Bildung hat und dass unsere Solidargemeinschaft sich um die Kosten und Beschaffung kümmert**. Es wurden mir verschiedene KiTa-Konzepte der in Frage kommenden Umgebungskindergärten vorgestellt und **ich wurde aufgefordert von meinem Wunsch- und Wahlrecht Gebrauch zu machen!** Ich entschied mich für einen Waldkindergarten.

Durch die gesellschaftsübergreifende Anerkennung unserer Elternleistung für Staat und Wirtschaft hatten wir kein Problem mit unseren Arbeitgebern, flexible Arbeitszeiten und Heimarbeit zu vereinbaren. Damit wir auch wirklich durchgehend verlässlich einplanbar waren, zahlten die Arbeitgeber ja auch einen erheblichen Anteil an den Personalkosten der KiTas. Die restlichen Kosten tragen wir alle gemeinsam über die Grundsteuer. **Es ist schon ein beruhigendes Gefühl zu wissen, dass alle, aber auch wirklich alle, uns als Eltern ehren, weil wir uns für Kinder entschieden haben, bzw. das Glück hatten, welche zu bekommen. Finanzielle Nachteile hat dadurch keine/r.**

Ich lehne mich entspannt zurück und betrachtete mein kleines Runzelchen.

*UND DANN WACHTE ICH AUF.
IM JAHR 2017 IN SCHLESWIG HOLSTEIN.
UND NATÜRLICH REGNET ES.
UND ALLES WAR NUR EIN TRAUM.*

Und vor mir liegt der Ablehnungsbescheid des Kindergartens für einen KiTa-Platz im Jahr 2017 mit der Aufforderung mich doch bitte nächstes Jahr wieder zu bewerben.

Ich bin manchmal so müde!

IMPRESSUM

Newsletter der KiTa-Eltern SH zur Landtagswahl 2017
Hrsg.: Landeselternvertretung der KiTas in SH, vorstand@kita-eltern-sh.de
Textredaktion und Gestaltung: Axel Briege (AB), Anna Wäjten (AW)
Texte: Matthias Radeck-Götz (MR-G), Dr. Holger Scherließ (HS), weitere Texte namentlich gekennzeichnet.
Bilder: Axel Briege, Landeselternvertretung: kita-eltern-sh.de, Parteienlogos der facebook-Profile der jeweiligen Fraktion
Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

